

## Regenwaldzerstörung in Malaysia:

### Dörfer wehren sich gegen Palmölunternehmen

#### Demokratie in Diyarbakir

«Die kurdische Bewegung definiert ein neues Gesellschaftsmodell. Ziel ist ein freies, demokratisches, ökologisches und geschlechtergerechtes Leben. In der Basisdemokratie sollen Dorf- und Stadtversammlungen über ihre Angelegenheiten entscheiden. Jede Führungsposition muss gleichzeitig von einem Mann und einer Frau besetzt sein. Ein Austausch zu den Themen Förderalismus, Basisdemokratie und Geschlechtergerechtigkeit kann für alle zielführend sein.» So begründete die Zürcher-Gemeinderätin Ezgi Akyol von der Alternativen Liste in der Ratsdebatte ihr Postulat, welches sie zusammen mit Rebekka Wyler (SP) eingereicht hatte. Mit ihrem Vorstoss forderten die beiden eine Städtepartnerschaft zwischen Zürich und Diyarbakir. Aus der «Städtepartnerschaft» machte der Zürcher Gemeinderat einen «Brückenschlag» und überwies das Postulat am 25. Mai an die Stadtpräsidentin.

Das «neue Gesellschaftsmodell» bildet auch den Hintergrund für die Unterstützungsaktion, die der SOLIFONDS im Juni (Bulletin Nr. 98) lanciert hat. Konsequenterweise arbeitet er nun im Solidaritätskomitee Zürich-Diyarbakir mit, das sich gegründet hat, um den «Brückenschlag» breit abzustützen. Er soll ein Zeichen der Solidarität mit den Menschen in Diyarbakir sein und den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrungen fördern.

Im Herbst wird eine Delegation der autonomen Stadtregierung aus Diyarbakir Zürich besuchen. Die Planung ist aufgrund der politischen Situation in der Türkei schwierig. Aktuelle Informationen zum Delegationsbesuch finden sich auf: [www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch)



DorfbewohnerInnen haben einen Bagger beschlagnahmt und in ihr Dorf gefahren. Sie verlangen ein «Lösegeld» und die Zusicherung, dass sich die Firma zurückzieht. Foto: Mathias Rittgerott

Der malaysische Bundesstaat Sarawak auf der Insel Borneo gehört zu den Gebieten weltweit, wo am meisten Regenwald vernichtet wird. Drei Viertel der sensiblen Torfwälder sind bereits zerstört worden. Immer weiter dringen Abholzfirmer in den Wald vor, auf dem Fuss der Rodungen folgt der Aufbau von Palmölplantagen in Monokultur. Malaysia ist nach Indonesien der weltweit grösste Palmölproduzent. 2015 stellte das Land mit knapp 20 Millionen Tonnen über ein Drittel des weltweit konsumierten Palmöls her. Im Bundesstaat Sarawak lag die produzierte Menge 2007 noch bei 1,6 Millionen Tonnen, bis 2015 stieg sie auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 3,7 Millionen Tonnen. Allein im vergangenen Jahr vergrösserte sich die Anbaufläche für Ölpalmen in Sarawak gemäss offiziellen Angaben um 13,9 Prozent. In diesem Geschäft ist Korruption gang und gäbe. In der Schweiz ist seit 2012 ein Verfahren hängig, weil die Schweizer Grossbank UBS mutmasslich rund 90 Millionen US-Dollar Bestechungsgelder aus der Abholzung des Regenwalds von Borneo gewaschen hat. Zugenommen haben auch Landkonflikte. Dorfgemeinden wehren sich seit Jahren gegen die Zerstörung des Regenwalds und gegen ihre Vertreibung. Mit Blockaden und Protesten verhindern sie das Vordringen der Abholzunternehmen. Gleichzeitig gehen sie gerichtlich gegen die Firmen vor, die sich in Komplizenschaft mit Behörden und Polizei über die Rechte der indigenen Bevölkerung in Sarawak hinwegsetzen. Die Menschenrechts- und Umweltorganisation SADIA, ein Zusammenschluss von Betroffenen, unterstützt sie darin. AktivistInnen sammeln Daten, um die Landrechte der Dorfgemeinden zu belegen, beraten die Betroffenen und unterstützen sie vor Gericht. Die Arbeit ist nicht einfach: Die Gemeinden und sie unterstützende Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen legen sich mit mächtigen Firmen an und sind zunehmend von Repression und Gewalt betroffen.

Im vergangenen Frühling hat der Bruno Manser-Fonds dem Bundesrat eine Petition überreicht. Darin wird der Ausschluss von Palmöl aus einem geplanten Freihandelsabkommen mit Malaysia gefordert. Der SOLIFONDS unterstützt diese Forderung. Mit der aktuellen Kampagne wollen wir zudem die Gemeinden vor Ort direkt in ihrem ungleichen Kampf gegen die Palmölgiganten stärken.

## **Schweizer Palmöl-Connection und Nachhaltigkeit**

Ob in einer Pizza oder Instantgerichten, in Glacé, Margarine, Schokolade, Backwaren, in Lippenstift, Seife, Shampoo oder Reinigungsmitteln, fast überall ist Palmöl enthalten. In rund 50 Prozent unserer Alltags Einkäufe findet sich Palmöl. Und damit tragen wir als KonsumentInnen zur steigenden Nachfrage nach diesem vielseitig verwendbaren Öl bei. Vermehrt wird Palmöl auch zu Agrotreibstoff umgewandelt: 2008 waren es in der EU noch 8 Prozent, 2014 stieg die Zahl auf 45 Prozent. Dabei hat Agrodiesel auf die gesamte Produktion bezogen einen dreimal höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoss als konventioneller Diesel, stellte die EU-Kommission fest.

Der Gesamtimport von Palmöl in die Schweiz hat von 11'000 Tonnen (2000) auf 35'000 Tonnen (2013) zugenommen. 2002 kamen 80 Prozent des importierten Palmöls aus Malaysia. Der Anteil ging bis 2010 auf 11 Prozent zurück und stieg in den letzten Jahren wieder auf über 40 Prozent an.

Um das belastete Image der Palmölproduktion – Umweltzerstörung und Vertreibungen – zu verbessern, wurde 2004 der Runde Tisch Nachhaltiges Palmöl (RSPO) gegründet. Ihm gehören viele Handelsfirmen (Cargill, Louis Dreyfus, etc.) und Verarbeiter von Palmöl (Coop, Migros, Nestlé, Givaudan, Unilever, etc.), aber auch NGO (WWF) an. RSPO-Richtlinien zielen darauf ab, die Nachhaltigkeit der Produktion und die Bedingungen in den Produzentenländern zu verbessern. 56 Prozent des importierten Palmöls wird gemäss diesen Richtlinien hergestellt.

Bauern- und Bäuerinnenorganisationen weltweit kritisieren Zertifizierungssysteme wie RSPO. Viel zu wenig würden die betroffenen Gemeinschaften in die Erarbeitung solcher Richtlinien miteinbezogen und in vielen Fällen seien sie in einer für sie unverständlichen Sprache verfasst. Zwar wolle RSPO die Produktion nachhaltiger gestalten, gleichzeitig aber an der Logik der unbeschränkten Produktionsausweitung festhalten. «Grossflächige industrielle Baum-Monokulturen», so die Organisationen in einer Erklärung, «sind aber nicht akzeptierbar, weder für die lokalen Gemeinschaften noch für eine Welt, die sich mit schweren Krisen konfrontiert sieht, das heisst mit Klimawandel, Umweltzerstörung und zunehmender Militarisierung und Menschenrechtsverletzungen.»



Abgeholzt für den Anbau von Palmölplantagen – zerstörter Regenwald.

## **Gemeinden leisten Widerstand gegen Landraub**

«Die Polizei kam am Freitagmorgen, dem 14. August 2009, kurz vor neun. Matek Geram leistete keinen Widerstand, als ihn zehn bewaffnete Polizisten verhafteten und auf die Polizeistation führten. Der Bauer aus dem Volk der Iban hatte die Vertreter der Staatsgewalt seit einem Jahr erwartet. Damals hatte er begonnen, sein mit Reisfeldern, Fruchtbäumen und Regenwald bestandenes Land nahe beim Städtchen Mukah im malaysischen Bundesstaat Sarawak zu bewachen. In Schichten wechselte er sich mit Familienmitgliedern ab, um zu verhindern, dass die Bulldozer der Plantagensgesellschaft auf sein Land vordrangen. Jetzt hatte 'Saradu Plantations' die Staatsgewalt zu Hilfe gerufen, um ihr Projekt durchzusetzen, eine Plantage von 15'000 Hektaren Ölpalmen zur Produktion von Palmöl. Mitbeteiligt an der Gesellschaft sind auch die Schwester und der Schwager des Regierungschefs von Sarawak.» Dies schrieb der Bruno-Manser-Fonds im September 2009.

Heute geht der Kampf der indigenen Gemeinschaften in Sarawak gegen das Vordringen der Palmölkonzerne und damit gegen die Zerstörung ihres Lebensraums unvermindert weiter. DorfbewohnerInnen, deren Gemeindeland von der Abholzung bedroht ist, rufen Matek Geram und weitere Aktivisten der «Vereinigung der Iban in

Sarawak» (SADIA) an, weil diese Erfahrung darin haben, gegen Firmen vorzugehen. Dann fahren Matek und seine Mitstreiter oft Hunderte Kilometer mit einem vierzig Jahre alten Auto, manchmal mit Booten, in die Dörfer, um die Menschen zu unterstützen. Sie beraten die Betroffenen und bestärken die Gemeinden darin, die Abholzung des Regenwaldes mit Protesten zu verhindern, aber auch gerichtlich gegen die Unternehmen vorzugehen. Dazu dokumentieren sie Fälle von Landraub und sammeln Daten, mit Hilfe von GPS, Kameras und Berichten, um die Landnutzung und damit das Landrecht der betroffenen Gemeinden zu belegen. Letztere besitzen oft keine Landtitel, haben aber gemäss dem Landgesetz von Sarawak Recht auf das Land, wenn sie beweisen können, dass sie es vor 1958 bewohnten oder bewirtschafteten.

### **Gewalt gegen KritikerInnen der Palmöl-Industrie**

Am 21. Juni wurde der indigene Landrechts-Aktivist Bill Kayong am helllichten Tag auf offener Strasse ermordet. Der 43-Jährige hatte Gemeinschaften im malaysischen Bundesstaat Sarawak im Kampf gegen Landraub und gegen die Zerstörung des Regenwaldes unterstützt.

Auch Matek Geram hat Drohungen erhalten. Diese haben zugenommen, nachdem Matek im März dieses Jahres an einem Protest gegen den Motorsägenhersteller Stihl in Deutschland beteiligt war. Stihl ist Hauptlieferant für die malaysische Firma KTS, deren Tochterunternehmen an der illegalen Rodung von Wäldern für Palmölplantagen beteiligt sind.

LandrechtsaktivistInnen werden immer wieder willkürlich verhaftet. Matek Geram beispielsweise wurde zehn Mal festgenommen und tagelang eingesperrt.



Matek Geram unterwegs in Sarawak.

Fotos: Mathias Rittgerott / Rettet den Regenwald

teten. Derzeit sind rund 300 Gerichtsfälle gegen Unternehmen oder lokale Behörden betreffend Landrechte hängig. In rund 30 Fällen hat SADIA vor Gericht Recht erhalten. Oft ziehen die Unternehmen die Fälle aber weiter und es dauert weitere Jahre, bis ein rechtskräftiges Urteil gefällt wird.

Die Firmen handeln bei den illegalen Abholzungen oft Hand in Hand mit den Behörden, nicht selten sind PolitikerInnen oder ihre Angehörigen an den Unternehmen beteiligt, Schmiergelder sind in diesem Geschäft üblich. Bei den Vertreibungen von Dorfgemeinschaften erhalten die Firmen Unterstützung von der Polizei. Kriminalisierung und Gewalt gegen Gemeindemitglieder, die den Regenwald verteidigen, sind erschreckende Realität (siehe Kasten).

#### **Dafür wird unsere Unterstützung gebraucht:**

- In der Region rund um Sibü, Hotspot von Landkonflikten, richtet die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation SADIA eine lokale Anlaufstelle ein. Bisher besteht erst in Kuching, eine Tagesreise von Sibü entfernt, ein Büro.
- Um die Vorbereitung von Klagen gegen Landraub zu erleichtern, werden Computer, Drucker und Papier benötigt.
- SADIA plant die Einrichtung eines besseren Alarmsystems und will dafür die Aktivisten mit Mobiltelefonen ausrüsten, die ebenfalls für die Dokumentationsarbeit genutzt werden können.
- Damit die SADIA-Aktivisten in die Dörfer gelangen können, brauchen sie Benzin und Ersatzteile für ihr Auto und die Boote.
- Um gerichtlich gegen die Palmölfirmen vorzugehen, braucht es versierte AnwältInnen, die die Bevölkerung im Kampf gegen den Landraub beraten und vor Gericht vertreten. ZeugInnen müssen ans Gericht reisen können, um auszusagen.

#### **Aus einem Bericht von «Rettet den Regenwald»**

In der Nähe der Stadt Sibü steht Matek inmitten einer Ödnis aus braunem Torf, die bis zum Horizont reicht. Durch Gräben fliesst brackiges Wasser ab. Zwischen ausgerissenen, verkohlten Baumstümpfen stecken bereits junge grüne Ölpalm-Setzlinge. Matek guckt auf das GPS-Navi in seiner Hand: «Nord 02° 31' 11.1'' Ost 111° 49' 26.6''» liest er ab: «Das Land gehört den Menschen des Dorfes Ulu Sungai Tutus, nicht der Firma BLD.» Am nächsten Morgen, auf dem Weg nach Sibü, piepst Mateks Smartphone unablässig. Viele von Landraub Betroffene wollen ihn erreichen. «Das Smartphone ist mein Büro», erklärt er, während er Fotos und GPS-Daten an einen Mitstreiter sendet. Am Wochenende kommt Matek heim zu seinem windschiefen Holzhaus, wo seine Frau und die beiden Söhne auf ihn warten. Er setzt seinen Ältesten ins Boot, fährt den Fluss Sungai Lemai hinauf und hält Ausschau. Er drosselt den Motor. «Da sind sie!», flüstert er. Nasenaffen turnen in Bäumen herum. «Ich liebe diese Affen!» Für kein Geld der Welt würde er diese wunderbare Natur aufgeben.

[www.regenwald.org](http://www.regenwald.org)

#### **Kein Freihandel für malaysisches Palmöl**

Malaysia ist – nach Indonesien und Thailand – die drittgrösste Volkswirtschaft in Südostasien und der drittwichtigste Handelspartner der Schweiz in der ASEAN-Region (Association of Southeast Asian Nations). Zwar ist der Warenhandel zwischen den beiden Nationen mit insgesamt 2,8 Milliarden Franken (2014) eher klein, aber das «investitionsfreundliche Klima Malaysias» (Weltbank) zieht auch schweizerisches Kapital an. Seit 2014 verhandelt die EFTA unter Führung der Schweiz mit Malaysia über ein Freihandelsabkommen über «den Warenverkehr, den Handel mit Dienstleistungen, das geistige Eigentum, die Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen sowie Handel und nachhaltige Entwicklung».

Von «nachhaltiger Entwicklung» kann in Bezug auf die Palmölproduktion kaum gesprochen werden. «In Malaysia zerstören Ölpalmen nicht nur Regenwälder, sondern verletzen auch immer wieder die Landrechte der lokalen Bevölkerung sowie die Arbeitsrechte auf den Plantagen», hält der Bruno-Manser-Fonds fest. Deshalb hat er die Petition «Kein Freihandelsabkommen mit Palmöl aus Malaysia» lanciert, die er diesen Frühling mit 20'000 Unterschriften dem Bundesrat überreicht hat. Die Petition fordert einerseits den Ausschluss von Palmöl aus dem Freihandelsabkommen, denn eine Zollsenkung oder -befreiung würde den Import von malaysischem Palmöl fördern und damit zu «weiteren Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen beitragen». Andererseits aber soll Malaysia verpflichtet werden, vor Vertragsabschluss die UNO-Menschenrechtsübereinkommen und die Kernarbeitsnormen der ILO zu ratifizieren, um damit die Rechte der lokalen Bevölkerung und der ArbeiterInnen auf den Plantagen zu stärken.

**«Tausend Dank. Eure Solidarität erleichtert unsere Arbeit, die Gemeinden zu unterstützen», schreibt uns Matek Geram von SADIA.**

**Auch wir danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung des Kampfs gegen die Zerstörung des Regenwalds!**

## Kampf für unabhängige Gewerkschaften in Ägypten geht weiter



6. April 2008 Proteste in El-Mahalla: Textilarbeiterinnen forderten an vorderster Front bessere Lebensbedingungen. Foto: REUTERS/Nasser Nuri

Arbeiterinnen spielen im Kampf für Arbeitsrechte und unabhängige Gewerkschaften in Ägypten eine entscheidende Rolle. 2006 traten 3'000 Arbeiterinnen im Textilwerk von El-Mahalla El-Kobra als erste in den Streik und erreichten, dass sich ihnen 23'000 männliche Arbeiter anschlossen. Dieser Streik gilt als Startpunkt für den Volksaufstand 2011. Es sei das

erste Mal, schreibt das CTUWS (Center for Trade Union Workers Services), dass die Arbeiterinnen nicht hinter den Männern, sondern Seite an Seite mit ihnen standen. Danach waren sie bei der Gründung von unabhängigen Gewerkschaften in verschiedenen Branchen führend beteiligt. Dennoch blieben die Arbeiterinnen weiterhin marginalisiert, diskriminiert und ihr Recht auf faire Arbeitsbedingungen wird bis heute permanent verletzt.

Diese Umstände führten dazu, dass das CTUWS 2014 die Frauenrechtskampagne «Permanent Conference of Women Workers» ins Leben rief. Sie hat zum Ziel, die organisierten Arbeiterinnen und weitere Organisationen, die sich für soziale und wirtschaftliche Rechte der Frauen einsetzen, zusammenzubringen, um gemeinsam gegen soziale und rechtliche Diskriminierungen anzukämpfen und Geschlechtergerechtigkeit einzufordern. Ende Juli nun trafen sich 80 Arbeiterinnen und Gewerkschafterinnen aus verschiedenen Landesteilen zur dritten «Women Workers' Conference», die vom SOLIFONDS unterstützt wurde. Sie erarbeiteten einen Aktionsplan, der die Arbeitsbedingungen für Frauen insbesondere im Privatsektor verbessern soll.

Wie die gesamte unabhängige Gewerkschaftsbewegung ist diese Frauenrechtskampagne des CTUWS aufgrund der politischen Entwicklung in Ägypten unter Druck. Seit der Machtübernahme durch General al-Sisi werden unabhängige Gewerkschaften und ihre Projekte durch die Staatsmacht direkt bekämpft. Demgegenüber hat der Vorsitzende der parlamentarischen Menschenrechtskommission, Mohamed Anwar Al Sadat, Ende Juli im Parlament einen Gesetzesvorschlag eingebracht. Dieser war auf Initiative des CTUWS von 160 VertreterInnen von unabhängigen Gewerkschaften erarbeitet worden und fordert, basierend auf dem geltenden ägyptischen Recht und den ILO-Normen, das Recht auf die Bildung von unabhängigen Gewerkschaften und auf Kollektivverhandlungen ein. Die unabhängigen Gewerkschaften und die Arbeiterinnen kämpfen weiter.

## Skandalöses Urteil gegen Landlose in Paraguay

In einem äusserst fragwürdigen Prozess wurden am 11. Juli elf Landlose in Paraguay – 8 Männer und 3 Frauen – zu langjährigen Haftstrafen zwischen 4 und 30 Jahren verurteilt. Ohne dass Beweise gegen sie vorlagen, wurden sie für den Tod von sechs Polizisten verantwortlich gemacht. Ausser diesen waren beim Massaker von Curuguaty im Jahr 2012 auch elf Kleinbauern erschossen worden. Deren Ermordung ist bis heute kein Thema, weder für die Polizei noch für die Justiz. Der SOLIFONDS, der die Organisation der Familienangehörigen von Curuguaty in den letzten vier Jahren wiederholt unterstützt hat, kritisiert das skandalöse Urteil. In einem Schreiben an Aussenminister Didier Burkhalter hat der SOLIFONDS zusammen mit weiteren Organisationen gefordert, dass sich die Schweiz für eine unabhängige internationale Untersuchungskommission einsetzt.

## Internationales Monsanto-Tribunal

Der weltweit grösste Agrarkonzern Monsanto ist zu einem Symbol für die industrielle Landwirtschaft geworden: Durch den Grosseinsatz von Chemikalien und die Verbreitung von Gentech-Saatgut werden die Umwelt und die Gesundheit der Menschen geschädigt, der Verlust der biologischen Vielfalt beschleunigt und die globale Erwärmung gefördert.

Vom 14.–16. Oktober findet in Den Haag ein öffentliches internationales Tribunal gegen Monsanto statt, an welchem ZeugInnen über konkrete Schäden berichten. Auch wenn Monsanto im Zentrum steht, dreht sich die Debatte um das gesamte agrarindustrielle System.

[www.monsanto-tribunal.org](http://www.monsanto-tribunal.org)

## Gegen die Straflosigkeit von Konzernen

Ende Oktober tagt zum zweiten Mal eine 2014 vom UNO-Menschenrechtsrat berufene Arbeitsgruppe in Genf, die einen verbindlichen Vertrag zur Einhaltung der Menschenrechte für transnationale Konzerne erarbeiten soll. Zeitgleich mit dem Treffen der Arbeitsgruppe führen Nichtregierungsorganisationen vor dem UNO-Gebäude in Genf öffentliche Veranstaltungen zum Thema durch, geplant ist ebenfalls eine Kundgebung gegen die Straflosigkeit von Konzernen.

Mehr dazu auf: [www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch)

## Rohstoffkonzerne vs. Staat und Gesellschaft

Ebenfalls Ende Oktober findet die vom SOLIFONDS mitorganisierte Tagung der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika (KEESA) in Basel statt. Die Veranstaltung dreht sich um den Themenkomplex Rohstoffindustrie in Südafrika, um entgangene Steuereinnahmen durch Transfer Pricing ebenso wie um die Arbeitsbedingungen in den Minen und um die Lebensbedingungen in den Minenstädten. Diesem Bulletin liegt die Einladung an die Tagung bei.

### Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»

Redaktion:

Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann

Druck: printoset, Zürich